

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.  
 Einzelhefte 10 Pf. Postzusatz: Monatlich 1.50 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.- RM. für das übrige Ausland 4.50 RM. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatlich 1.10 RM. Bestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Dänemark, Schweden und die Schweiz. Ungerungen in die Post-Zeitungs-Vertriebsstelle.  
 Erscheinung täglich.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Anzeigenpreis:**  
 Die Abrechnung erfolgt wöchentlich. 10 Zeilen 10 Pf. (zählend 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Einmalige Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Anzeigen über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Feuerungsbeitrag 20%. Familien-Anzeigen 50 Pf. Politische u. gewerkschaftliche Werbungs-Anzeigen 40 Pf. bis 6 Zeilen. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft Berlin S.W. 62, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnen von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 1. März 1918. Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Oesterreich marschiert in Podolien ein!

Budapest, 28. Februar. (W. Z. S.) Aus Wien wird berichtet, daß die ukrainischen Behörden im ehemaligen Gouvernement Podolien das dringende Ersuchen an die österreichisch-ungarische Monarchie gerichtet haben, ihnen bewaffneten Beistand gegen die bolschewistischen Banden zu leisten, die diese Gegend verheeren. In großer Anzahl ziehen diese starken und gutbewaffneten Räuberbanden durch das erwähnte Gebiet, plündern die Häuser, schießen die wehrlose Bevölkerung nieder und vernichten durch Brandstiftungen die Lebensmittelvorräte, die sie nicht fortzuschleppen können. Die ukrainischen Behörden sind vorläufig außerstande, diesem wüsten Treiben ein Ende zu machen und erwarten die Rettung von einem Einmarsch österreichisch-ungarischer Streitkräfte.

Die erbetene Unterstützung wird aus zwei sehr gewichtigen Gründen gewährt werden müssen: Erstens um ein Uebergreifen der zügellosen anarchistischen Bewegung auf Ostgalizien und die Galizina zu verhindern, und zweitens um die Lebensmittelvorräte, deren überflüssigen Teil der ukrainische Staat nun überlassen will, vor der Vernichtung durch die Bolschewikhorden zu retten. Das ukrainische Grenzgebiet, für das der Schutz österreichisch-ungarischer Streitkräfte angerufen wird, ist dem moldauischen Teile des Königreichs Rumänien im Norden und Nordosten unmittelbar benachbart.

Die vorstehende Meldung trägt zwar keinen vollen politischen Charakter, da sie aber in dieser Form durch W. Z. S. verbreitet wird, so wird man ihren Inhalt, soweit er den österreichischen Einmarsch in Aussicht stellt, als zutreffend anzusehen haben.

## Wiederaufnahme der russischen Friedensverhandlungen.

Berlin, 28. Februar. Die russische Abordnung trifft heute nachmittag zur Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk ein. Sie besteht aus Sokolnikow als Leiter, dem Minister des Innern Petrowski, Tschitscherin und Karakow als dessen Gehilfen, Joffe, Alexejew, dem Gehilfen des Ministers für Landwirtschaft, Admiral Alpatow vom Admiralstab, Danilow, Wladki und Sipoli vom Generalstab und Tereterkowskij, sowie der erforderlichen Anzahl von Sekretären und Stenographen.

Das Eintreffen der russischen Delegation in Brest-Litowsk ist durch Verleumdungen, hervorgerufen durch starke Schmeicheleien nordöstlich von Pilsen, verzögert worden. Trotz befindet sich nicht unter den Delegierten. Von bekannten Teilnehmern an den bisherigen Friedensverhandlungen sind Petrowski, Tschitscherin und Karakow an den Verhandlungen beteiligt. Einigen Angaben überholt hat, daß sich auch wieder aus der Ukraine eine Delegation angemeldet hat. Sie erklärt den Grund ihres Eintreffens auf der Konferenz damit, daß sie „den mit der Wiener Waka abgeschlossenen Friedensvertrag unterzeichnen“ wolle. Die Versionen, aus denen sich diese Kommission zusammensetzen wird, sind in den beteiligten deutschen Kreisen, wie versichert wird, unbekannt. Anheimend handelt es sich hier um eine Delegation der ukrainischen bolschewistischen Gegenregierung, von der übrigens bekannt wird, daß sie von ihrem bisherigen ukrainischen Standort geflohen ist.

## Friedensvorbesprechungen mit Rumänien.

König Ferdinand bittet um Bedenkzeit.

Bukarest, 28. Februar. Seit dem Eintreffen der Abordnungen der Vierbündnisse in Bukarest haben unverbindliche Vorbesprechungen mit General Averescu stattgefunden. Gemäß einer bei diesen Besprechungen getroffenen Vereinbarung hatte der I. u. I. österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Graf Czernin am 27. d. M. in dem von rumänischen Truppen noch besetzten Teil Rumäniens eine Unterredung mit König Ferdinand. Im Einverständnis mit den Verbündeten gab Graf Czernin dem König die Bedingungen bekannt, unter denen der Vierbund bereit wäre, mit Rumänien Frieden zu schließen. König Ferdinand erbat sich kurze Bedenkzeit, die ihm gewährt wurde. Von der Antwort des Königs wird es abhängen, ob eine friedliche Lösung möglich erscheint.

Die Schlusswendung dieser Meldung ist nicht gerade geeignet, die Hoffnung auf ein Zustandekommen des Friedens mit Rumänien zu verstärken. Die Bedingungen, die der rumänischen Regierung übermitteln worden sind, werden leider weder nach Wortlaut noch Inhalt mitgeteilt. Aus Andeutungen Berliner Blätter ist zu entnehmen, daß Bulgarien von Rumänien die Abtretung der gesamten Dobrudscha verlangt, worauf sich Rumänien unter keinen Umständen einlassen will, weil es dadurch den Zugang

## Starke Erkundungsvorstöße der Engländer — Uebertritt eines Eisen-Regiments — Große Materialbeute in Minsk.

Amlich. Großes Hauptquartier, 28. Februar 1918. (W. Z. S.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die Engländer setzen ihre Erkundungen an vielen Stellen der Front fort. Mit stärkeren Kräften riefen sie während der Nacht am Houthouster Walde und nördlich von der Scarpe nach heftiger Feuerwirkung vor. Im Nahkampf und im Gegenstoß wurden sie zurückgeschlagen.

#### Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht

Erfolgreiche Unternehmungen bei Ayocourt und Les Eparges brachten uns 27 Gefangene ein.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Operationen nehmen ihren Verlauf. In Ostland hat sich auch das 4. Eisen-Regiment zur Belämpfung der das Land durchstreifenden Banden unseres Kommandos unterstellt. In Minsk wurden 2000 Maschinengewehre und 50 000 Gewehre eingebracht.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubensdorf.

## Abendbericht.

Amlich. Berlin, 28. Februar 1918, abends. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

## Der österreichische Bericht.

Wien, den 28. Februar 1918. Amlich wird veröffentlicht:

An einzelnen Abschnitten der Piave-Front erhöhte Artillerietätigkeit.

Als Vergeltung für den italienischen Fliegerangriff auf die offene Stadt Jandrud haben eigene Flugzeuggeschwader in der Nacht zum 27. Februar die Bahnhöfe und militärischen Anlagen des Kriegshafens Venedig mit Bomben belegt und hierbei zahlreiche deutlich beobachtete Treffer mit Brandwirkung erzielt.

Der Chef des Generalstabes.

zum Meere verfliegen und ein Binnenstaat werden würde. Die Blätter, welche diese Meldung verbreiten, wie z. B. der „Deutsche Kurier“, knüpfen daran die Bemerkung, daß man auf die rumänische Regierung, die so treulos an uns gehandelt habe, keine Rücksicht zu nehmen brauche, und daß man durch einen kurzen Waffengang Rumänien vollends niederwerfen könne. Daß die Reste des rumänischen Heeres von uns erdrückt werden können, steht außer Zweifel. Aber ob der dadurch zustande kommende Frieden dauerhafter wird und das rumänische Volk uns für die Zukunft näher bringt, das ist eine andere Frage, die nicht ohne weiteres zu bejahen ist.

## Balfours Antwort an Hertling.

Keine Uebereinstimmung — Verhandlungen zwecklos!

London, 27. Februar. (Reuter.) Im Unterhause wurde durch den Liberalen Holt eine Erörterung über Graf Hertlings Rede herbeigeführt. Balfour sagte: Die Diplomatie sei, was Verhandlungen unter den Kriegführenden betrifft, angeschaltet, bis sich ein solches Maß möglicher Uebereinstimmung zwischen den Kriegführenden gebildet habe, daß man von diplomatischen Unterredungen gute Ergebnisse erwarten könne. Er spreche es mit tiefem Bedauern aus, daß nach allen Anzeichen dies errealistische Stadium noch nicht erreicht ist. Wie könnten Besprechungen jetzt stattfinden, wenn Hertlings Rede das Höchstmögliche denkbarer Zustände darstellte? Balfour spottete über Hertlings angebliche Ausnahme der Grundprinzipien Wilsons und sagte, er würde an der Sache des Friedens das größte Recht tun, wenn er die Hoffnung ermutigte, daß es irgendeinen Zweck hätte, mit mündlichen Unterredungen zu beginnen, ehe etwas wie eine allgemeine Uebereinstimmung in der Ferne sichtbar sei.

## Frauenstimmrecht in Schweden.

Stockholm, 28. Februar. Die Regierung legte heute dem Reichstag eine Vorlage über das Frauenstimmrecht und die Wahlbarkeit der Frauen vor, die mit den Männern vollkommen gleichgestellt werden.

## Der Wahlkampf in Niederbarnim

Nur knappe zwei Wochen trennen uns noch von einer Wahlentscheidung, die in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine ganz besondere Rolle zu spielen berufen ist. Um die Nachfolge des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Artur Stadthagen ringen miteinander der Kandidat der Sozialdemokratischen Partei, Arbeitersekretär Rudolf Wissell, und der von den „Unabhängigen“ aufgestellte Wahlbewerber Dr. Breitscheid. Die bürgerlichen Bewerber kommen im Kreise Niederbarnim, der im Jahre 1912 93 000 sozialdemokratische gegen 37 000 bürgerliche Stimmen abgab, nur als Zählkandidaten in Betracht. Die Entscheidung fällt zwischen Wissell und Breitscheid, dem Sozialdemokraten und dem „Unabhängigen“.

Der hochindustrielle Wahlkreis Niederbarnim, ein Kreis mit überwiegender Arbeiterbevölkerung, ist damit berufen, sein Urteil abzugeben über den verblühenden Streit, der seit mehr als zwei Jahren die Arbeiterbewegung erschüttert. Und da ist vor allem eines klar, daß nämlich der, der für Breitscheid stimmt, für die Fortsetzung dieses Streites eintritt, während wer Wissell wählt, damit seine Stimme für die Wiederherstellung einer durch Einigkeit starken Arbeiterbewegung abgeben wird.

Der Würzburger Kriegsparteitag der deutschen Sozialdemokratie, auf dem auch Genosse Rudolf Wissell als Berichterstatter über die sozialpolitischen Zukunftsaufgaben eine hervorragende Rolle spielte, hat sich mit größter Entschiedenheit für die Wiederherstellung der Einigkeit ausgesprochen. Hohn und Spott aus den Reihen der „Unabhängigen“ und verdoppelte Angriffe auf die Partei waren die Antwort. Die „Unabhängigen“ wollen um keinen Preis etwas von Einigung wissen, es wäre denn, daß die Sozialdemokratische Partei als Ganzes unbesehen die „Unabhängigen“ als ihre Führer annähme, daß sich die Mehrheit der Widerheit unterordnete.

Die Politik, die von den „Unabhängigen“ getrieben wird, widerstrebt aber in vielen sehr wichtigen Punkten der Ueberzeugung der Sozialdemokratischen Partei. Diese glaubt in einer so schweren Zeit wie der gegenwärtigen den Arbeiterinteressen nicht dadurch dienen zu können, daß sie sich ganz einfach in den Schmollwinkel setzt und zu allem, was da auch immer kommen mag, Nein sagt. Gätte sich die Sozialdemokratische Partei den Unabhängigen gefügt, so hätte sie z. B. im Reichstag auch gegen die Besteuerung der Kriegsgewinne stimmen müssen und gegen den Frieden mit der Ukraine! Eine solche Politik kann die Sozialdemokratie nicht mitmachen, weil sie nicht dem Fluche der Lächerlichkeit verfallen will!

Oder die Friedensentscheidung des Reichstags vom 19. Juli 1917! Jungli hat der „unabhängigen“ Dr. Herzfeld im Reichstag gesagt, die Beurteilung Dittmanns sei ein Schlag des Militärs gegen die Friedensentscheidung vom 19. Juli gewesen. Nun ist ganz richtig, daß die Annerionisten diese Entscheidung als den schwersten gegen sie gerichteten Angriff betrachtet und gegen sie mit allen Mitteln gekämpft haben. Aber die „Unabhängigen“ haben ja gegen diese Entscheidung, die von der Sozialdemokratie durchgedrückt wurde, gestimmt. Gätte sich die Sozialdemokratie so verhalten wie die Unabhängigen, sie wäre nie zustande gekommen.

Gelt ins Lager der Annerionisten, der Kriegsverlängerer, der Konservativen, der Schwerindustriellen und Scharfmacher und fragt sie, wen sie als ihren gefährlichsten Feind betrachten! Einstimmig werden sie antworten: die Sozialdemokratie. Auf die Unabhängigen wird dort kein Mensch verfallen, erstens einmal, weil sie zu unbedeutend sind, und zweitens, weil ihre Taktik den Gegnern der Arbeiterbewegung die weitaus angenehme ist.

Das größte Leid dieser Kreise ist aber, daß die Sozialdemokraten nicht schon längst, wie es die „Unabhängigen“ tun, die Kriegskredite ablehnen. Das wäre eine so wunderschöne Gelegenheit, die ganze Arbeiterbewegung für „vaterlandslos“ zu erklären, sie zu entrechten und zu verfeinern! Die Sozialdemokratie hat ihren Gegnern diesen Gefallen nicht getan. Sie hat, indem sie für die Kriegskredite stimmte, zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiterklasse keine Gegnerin der Landesverteidigung ist. Stimmt das nun oder stimmt es nicht?

Wäre die Arbeiterschaft in ihrer großen Masse eine Gegnerin der Landesverteidigung, so läge Deutschland schon längst zerstückelt am Boden. Keine militärische Disziplin, keine Schreckensherrschaft im Innern hätte dann die sichere Niederlage aufhalten können. Wenn Deutschland gegen eine ganze Welt kämpfen konnte, ohne zu unterliegen, so war das nur möglich, weil seine Arbeiter nicht wollten, daß es unterlag. Diesen tatsächlich vorhandenen Willen der Arbeiter, nicht













